

# Demokratie heute

Von Paul Silas Peterson

Die kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie verdienen heute unsere Aufmerksamkeit. Die freiheitliche Demokratie, die in vielen auch nicht westlichen Ländern der Welt genossen wird, schwebt auf einer tieferen Ebene der geistigen und materiellen Wirklichkeit. Diese tiefere Ebene – »Unterbau«, »Grundlage«, »Fundament«, »Grundelement« oder »Nährboden« – ist eine umfassende gesellschaftliche Lebenswirklichkeit der Freiheit, die jede Demokratie und jede republikanische Verfassung voraussetzt. Ohne diese dynamische Lebenswelt der freien Bürgerinnen und Bürger kann die politische Ordnung der Freiheit nicht auf Dauer funktionieren.

Seit der Antike ist die Demokratie (in all ihren Formen) untrennbar von einer bestimmten Dynamik in dieser Lebenswelt der Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft. Die freie Lebenswelt der athenischen Agora, in der der lebhaft Austausch von Kultur, Handelsbetrieb, Religion, Theater, Politik, Militär und Jurisprudenz in einer dynamischen Überlappung unter den freien Athenern stattfand, ist die wesentliche Voraussetzung der Bürgergesellschaft, in der die verfassungsgebundene Demokratie ihren Sinn hat, und in der sie als vernünftig, selbstverständlich, notwendig und, ja, als die beste Regierungsform wahrgenommen wird. Die Grabrede des Perikles, die sicherlich von Thukydides modifiziert wurde, aber wahrscheinlich nicht gänzlich gefälscht ist, bringt die Idealität dieser Lebenswelt im Gegensatz zum starren und geschlossenen Denken der spartanischen Tradition zum Ausdruck, und verweist immer wieder auf diese grundlegende Symbiose des Politischen mit den gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen, auch im Sinne der offenen Internationalität.

Mehr als in vergangenen Generationen in den demokratischen Ländern und vor allem in den westlichen Ländern ist die Bedeutsamkeit des Austausches, also die wechselseitige Dynamik in den religiösen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebenswelten der gesamten Gesellschaft, als ein seltenes Gut erkannt worden. Wie können wir die besonderen Kräfte unterstützen, die dieses seltene Gut erzeugen? An sich kann man das Gut nicht mechanisch herstellen; wie alle Werke der Kultur entsteht es aus einer freiheitlichen Dynamik der geistigen Wirklichkeit, die wiederum materielle, ja wirtschaftliche Dimensionen voraussetzt. Wie wird die Erneuerung des Bürgersinns der *Liberté*, *Égalité* und *Fraternité* und vor allem dabei die Stärkung einer risikobereiten Kultur des Austausches mit Menschen anderer gesellschaftstheoretischen und politischen Überzeugungen erreicht? Wie können wir den heute vorherrschenden (obwohl gut bekannten, dennoch nicht überwundenen) Enklaven-Tendenzen der reinen Gesinnungsgruppen mit einer neuen Verantwortungsethik begegnen? Diese Fragen sind wesentliche Arbeitsfelder der gegenwärtigen sozialen und politischen Ethik, und können nicht leicht beantwortet werden. Der Austausch fehlt uns heute in vielen Bereichen, nicht nur wegen der Pandemie und der digitalen Lebenswelten mit den großen Echokammern. Der Austausch der Gruppen und der Meinungen, insbesondere der Austausch in leiblicher Gegenwart, ist eine Seltenheit geworden.

Sicherlich gehört das Abnehmen des Austausches zu den wichtigsten gegenwärtigen Grundherausforderungen der Demokratie. Das gegenseitige Vertrauen auf allen Ebenen einer Gesellschaft entsteht in diesem leiblichen Austausch, sowie auch kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Synergien. In diesem Austausch entsteht der Bürgersinn und der ciceronische *sensus communis*, der weiche Konsens, der die Spannungen aushält. Die Frage, wie wir gesellschaftlichen Austausch am besten stärken können, ist eigentlich eine Teilfrage im breiteren Diskurs über soziale Integration. An sich gehört die Frage jedoch weder zur Lage der gesellschaftlichen Werttheoretiker (konservative Tradition, »Leitkultur«, »Wertebasis«, »Werteintegration« usw.) noch zur abstrakt idealistischen Lage der prozeduralen bzw. formalistisch vertrags- und rechtstheoretischen Vision (»Republik der Vernunft«, »Verfassungspatriotismus«) der demokratischen Ordnung. In beiden Grundtheorien wird die Notwendigkeit des allgemeinen gesellschaftlichen Austausches als eine Grundvoraussetzung der Demokratie postuliert.

Wie »Konsens und Konflikt« (2017) der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD sehr überzeugend kommuniziert hat, sind die Kakophonie der Meinungen und die Spannung der widersprüchlichen Positionen wesentliche Merkmale einer demokratischen Kultur.<sup>1</sup> Demokratie lebt von dieser Spannung; und es wird die Spannung immer geben. Diese Botschaft steht in unmittelbarer Kontinuität mit der Neuentdeckung der Vielfalt und Pluralität in der Nachkriegszeit, insbesondere in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren. Vor allem westdeutsche Akademiker, die in den 1940er und 1950er Jahren geboren sind, haben sie in die deutschen Wissenskulturen eingeführt. Diese ältere »Neuentdeckung der Vielfalt« fand jedoch in einer etwas anderen Kultur statt. In vielen Hinsichten war sie von einer allgemeinen gesellschaftlichen Eigenschaft der Einheitlichkeit, der Gleichheit, der gemeinsamen Solidarität und eines umgeformten (und schwer zu bestimmenden) »Schicksalsdenkens« geprägt. Vielfalt und Diversität war eher eine Theorie der Zukunft und weniger eine Lebenswirklichkeit der damaligen Zeit. »Die« Kultur und Gesellschaft der Gegenwart (wenn man es wagt, sie zusammen in einem Begriff zu denken) ist eigentlich anders strukturiert, da diese Eigenschaft der Einheitlichkeit (»Einheitskultur«, »Leitkultur«) viel weniger ausgeprägt ist. Im Vergleich mit den 1980er Jahren ist die heutige Situation (wenn man versucht, sie auf einen Begriff zu bringen) tatsächlich plural, wirklich vielfältig und offensichtlich divers in ganz unterschiedlichen Bereichen, und wird scheinbar immer vielfältiger mit der Zeit.

Eine ganz natürliche Reaktion auf diese Tatsache ist ein neues Verlangen nach einer Einheitskultur, die ganz oft missverstanden, bagatellisiert und moralisch diskreditiert wird. Ein Hauptgrund, warum viele (sicherlich nicht alle) Menschen ein Verlangen nach dieser Einheitskultur haben (die selbstverständlich gefährlichem völkischen und rassistischen Denken zufallen kann), ist die Vorstellung, dass in ihr (gefühlte zumindest) für Solidarität, Sicherheit, Gleichheit und Wohlstand gesorgt wird. In diesem Denksystem scheint das allgemeine Abnehmen des gesellschaftlichen Austausches als fatal – ein weiteres Indiz für den Verfall der gesellschaftlichen Integration und der älteren Eigenschaft der Einheitlichkeit. Entgegen dieser allgemeinen Annahme sind jedoch m.E. drei wesentliche Punkte zu erheben: 1. Die Vielheit ist eigentlich

---

1. *Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD: Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung, Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Hannover 2017.*

ganz natürlich, und es gibt keinen Weg zurück zu einer Einheitskultur (im Sinne der 1980er und 1990er Jahre). 2. Es besteht in dieser gegenwärtigen Vielheit weiterhin größtenteils ein weicher Konsens, der nicht vergessen werden sollte, und der in der Vielheit durch alle Institutionen, Vereine und Gemeinschaften aller Art kultiviert werden sollte. 3. Die parlamentarische Demokratie mit ihrer milden und ausgleichenden Berücksichtigung der Gesamtheit ist der Rahmen, in dem die gesellschaftliche Integration der Vielheit, der vielen Kulturen, Religionen und Traditionen gefördert wird. In ihr haben wir tatsächlich eine sehr vielfältige, nicht-statische »Einheitskultur«, an der wir gemeinsam bauen müssen, und die mit jeder Generation leicht anders sein wird. Hinsichtlich des zweiten und dritten Punktes ist m.E. der allgemeine, oben erwähnte Austausch von zentraler Bedeutung. Der Freiheit voraussetzende gesellschaftliche Austausch ist der Sauerstoff der Demokratie. Mit dem Abnehmen des Austausches verwahrlost unsere Demokratie früher oder später.

In Bezug auf den ersten Punkt ist das anthropologische Argument wesentlich: Das Problem der Vielheit, der Parteiungen, Parteilichkeit und Gruppentrennungen (und im schlimmsten Fall fehlende Solidarität, Unfairness und Ungerechtigkeit zu Außengruppen) ist eigentlich in der menschlichen Natur verankert.<sup>2</sup> Wir können diese grundlegende Wirklichkeit des Menschen und damit das Problem der Vielheit und Parteiungen in der Gesellschaft und Politik nicht aufheben. Sie ist unumgänglich in einer Demokratie. Der Wille und die Vernunft des Menschen sind immer von zusätzlichen Kräften beeinflusst; wir leben in einem komplizierten Gewebe der Vernunft und der Erfahrung; und unsere Freiheit, unser Wille und unsere Vernunft sind immer durch diese immer unterschiedlich bestimmte Form der Leiblichkeit bedingt. Entsprechend dieser Natur und den unterschiedlichen Lebenssituationen werden Menschen in ihren gesellschaftlichen and politischen Tätigkeiten und Interessenlagen immer unterschiedliche Gruppen bilden. Niemals wird es einen harten Konsens in allen Fragen geben. In diesem Denksystem muss (zum dritten Punkt) Gewicht auf die *Parteiungen-schützende* Funktion einer *parlamentarisch-republikanischen* Demokratie gelegt werden. Nur das Parlament kann die notwendige Distanz schaffen, in der eine ausgleichende Milde und Weitsicht der Staatsmänner und -frauen entsteht, die wiederum die Rechte der unterschiedlichen Parteiungen und Minderheiten gegen den Willen der Mehrheit schützt. Diese hohe Aufgabe des Parlaments schließt nicht notwendigerweise jede Form der plebiszitären Volksentscheide aus. Natürlich ist diese Sache zu Recht sehr umstritten. Volksentscheide *zu bestimmten (sehr begrenzten) Fragen* im Rahmen kleinerer politischer Einheiten (z.B. eine lokale Steuererhebung für ein durch eine Gemeinde getragenes Schwimmbad-Bauprojekt) können zumindest jedoch eine durchaus positive Auswirkung haben, da sie die Gesamtheit in die Entscheidungsfunktion der Demokratie unmittelbar involvieren. Dadurch wird die Wichtigkeit der Demokratie als Regierungsform *von, durch und für die Menschen* unmittelbar erlebt, und die Menschen zum Austausch über ihre Meinungen angeregt. Außerdem nimmt sie den ganzen Wind aus den Segeln derjenigen, die behaupten, dass die Demokratie nur eine Illusion sei.

---

2. *James Madison*: Federalist Papers No. 10, The Same Subject (The Utility of the Union as a Safeguard Against Domestic Faction and Insurrection) Continued, Daily Advertiser, Thursday, November 22, 1787, in: Ian Shapiro (Hg.), *The Federalist Papers*, New Haven, 2009, 47–53.

Die Bedrohung des gesellschaftlichen und politischen Chaos ist ein Dauerzustand der freiheitlichen Demokratie.<sup>3</sup> Optimistische Menschenbilder unterschätzen diese negative Potentialität im Hintergrund der freiheitlichen Ordnung, die immer ausbrechen kann, und die Freiheit und das menschliche Leben zerstören kann. Demokratie ist möglich aufgrund der Fähigkeit des Menschen zur Gerechtigkeit, zum Guten und zum Vernünftigen. Die Demokratie ist aber notwendig (wie Niebuhr zu Recht argumentiert), da eine Neigung zum Bösen, zum Ungerechten, zum Selbstinteresse (*amor sui*) und zu Irrationalität offensichtlich tief im menschlichen Wesen vorliegt. Die Demokratie ermöglicht eine Gewaltenteilung und Kontrolle, Überprüfung, Korrektur und (durch freie Wahlen) regelmäßige Entmachtung der Macht, und entspannt dadurch das öffentliche Leben. Die grundlegenden Fragen hinsichtlich des Sinnes des Lebens, der Religion, Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft werden immer unterschiedlich beantwortet. Die parlamentarische Demokratie ermöglicht eine grobe Synthese dieser Unterschiede, und eine ungefähr gerechte Lösung der gemeinsamen Probleme.<sup>4</sup> Nach Niebuhr darf es kein Monopol in den großen Debatten über die wichtigen Fragen in Sachen Religion, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik geben. Das Ziel liegt vielmehr in der Kultivierung einer nüchternen, vorsichtigen, demütigen politischen Ordnung. Ein harter Konsens wird die Gefahren der Demokratie und Freiheit nicht in Schach halten, sondern eine bestimmte Art des Umgangs mit den unterschiedlichen Grundfragen in der Öffentlichkeit.

In diesem Sinne (zum zweiten Punkt) gibt es heute größtenteils eine gemeinsame politische Kultur, ein weicher Konsens (Gewaltenteilung, Menschenrechte, Demokratie, Gleichheit, Herrschaft des Rechts). In den 1940er Jahren, zu Niebuhrs Zeit, konnte man das keinesfalls für die westliche Welt als Ganze behaupten. Heute sind wir weiter auf diesem Weg gekommen. Allerdings heißt das nicht, dass wir keine Aufgaben vor uns haben. Die gesamte gesellschaftliche Ordnung und vor allem das Bildungssystem und die Religionsgemeinschaften spielen eine wesentliche Rolle in der weiteren Kultivierung der Demokratie. Religion verstärkt insbesondere das tugendhafte Gut der Demut (so Niebuhr), welches das Zusammenleben und die Gewaltenteilung durch die gegenseitige Begrenzung fördert. Außerdem können die Religionsgemeinschaften hoffnungstragende Laboratorien der Demokratie werden, wenn sie unterschiedliche Frömmigkeitsrichtungen in sich versöhnen. Im Bildungssystem und in den Religionsgemeinschaften muss der Austausch der Meinungen gesichert werden. Außerdem müssen Minderheiten und die Meinungen der Minderheitsgruppen immer von der Übermacht der Mehrheit geschützt werden. Die Tugenden der Liebe und vor allem der Demut leiten uns zu diesem Kultivierungsprozess der Demokratie in unseren unterschiedlichen Gemeinschaften und Institutionen. Die Demokratie wird nicht nur in der Öffentlichkeit realisiert, sondern auf dieser breiteren gesellschaftlichen Ebene der Teilöffentlichkeit. Keinesfalls ist die Kultivierung der Demokratie ein wertfreies Unternehmen im Sinne des Relativismus. Es geht um bestimmte Tugenden, die in die Öffentlichkeit und nicht nur in privaten Gemeinschaften gepflegt werden sollten. Die Grundrechte der Freiheit, die Verfassung und die kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Gepflogenheiten

---

3. *Reinhold Niebuhr*: The children of light and the children of darkness: A vindication of democracy and a critique of its traditional defense, New York 1944.

4. *Reinhold Niebuhr*: The nature and destiny of man. A Christian interpretation, Bd. 2, Human destiny, The Gifford Lectures 1939. New York 1943.

sind unsere Schutzgeländer, sowie die Tugenden der Besonnenheit und Klugheit. Zwischen diesen Schutzgeländern in republikanisch-demokratischen Ordnungen wird die Vielheit der Meinungen und die Positivität des Unterschieds als Bereicherung für das Ganze zu Recht als Kraft der Innovation zelebriert. In diesem Sinne ist auch gesellschaftlicher Austausch – das zu Wort kommen lassen der Unterschiede – eine wesentliche Voraussetzung der Demokratie.

Das Abnehmen des gesellschaftlichen Austausches ist aus vielen Gründen ein Anlass zur Sorge. Grundkenntnisse über, und Grunderfahrungen mit Meinungen und Lebenswirklichkeiten in den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft sind wichtige Voraussetzungen für den Erhalt einer Bürgergesellschaft. Diese Grunderkenntnisse und Grunderfahrungen entstehen nur durch Austausch, »Zeit zusammen«, durch Reisen und durch neue Erfahrungen. In vergangenen Generationen waren die Orte dieses Austausches v.a. die Vereine, Kneipen, Kirchen, Nachbarschaftsorganisationen usw. Heute fehlt es uns in vielen Teilen der Gesellschaften der westlichen Welt an diesem »Sozialkapital« (und v.a. am »bridging social capital«, Robert D. Putnam).<sup>5</sup> Es ist aus diesem Grund ganz verständlich, dass in der gegenwärtigen Situation massive Gräben entstehen und das Gefühl der Trennung und der »Geist der Parteilichkeit« (Madison) – obwohl wir eigentlich viel Gemeinsames haben – mit den Händen zu greifen ist.

Eine kurative und behütende Pflege der heutigen Demokratie – die seit der Antike immer in der einen oder anderen »Krise« war (und niemals gänzlich aus dem Stress-Test herauskommen wird) – wäre ein wechselseitiger Austausch unterschiedlicher Meinungen über alle wichtigen Fragen, in achtungsvoller Freiheit unter Ebenbürtigen, und ohne ständige und überhebliche Erwähnung der »Wahrheit«, als ob eine Gruppe sie gegen die andere für sich beanspruchen könnte. Die vermittelnde Funktion der Bildungsinstitutionen und der Religionsgemeinschaften ist hier natürlich gefragt, aber auch die öffentlichen und privaten Medien. Es ist bedauerlich, dass gesinnungsorientierte Positionalität und Botschaften der verletzten Gefühle heute mehr »clicks« und dadurch Geld erzeugen als nüchterner Austausch und Offenheit in Demut und Nächstenliebe. Eigentlich brauchen wir die alten Talkshows mit schlauen Moderatorinnen oder Moderatoren, wo eine Stunde lang über zwei oder drei Fragen in all ihren Dimensionen, Widersprüchen und Spannungen langsam und in gefährlicher Offenheit gesprochen wird. Die politischen Phantasien der Gegenwart auf den linken und rechten Seiten und die damit zusammenhängende fehlende Kompromissbereitschaft und die zunehmenden moralistischen Ausgrenzungsimpulse sind das natürliche Resultat einer politischen Ordnung mit zu wenig echtem Austausch. Wir müssen die Agora gut beseelen und schön beleben, sie dient allen.

*PD Dr. Paul Silas Peterson*  
*Eberhard-Karls-Universität Tübingen*  
*Evangelisch-Theologische Fakultät*  
*Liebermeisterstraße 12*  
*D-72076 Tübingen*  
*paul-silas.peterson@uni-tuebingen.de*

---

5. Robert D. Putnam: *Bowling Alone: The collapse and revival of American community*, revised and updated, New York 2020.